

**THEMA: Internationales und EU
Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) / Euro-Rettungsschirm / Europäische
Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) / Wirtschaftskrise / Europäische Union / Finanzkrise /
Finanztransaktionssteuer / Staatsverschuldung**

20.09.2011
Frage von OswaldFuchs

Wie stehen Sie zum ESM?
(Vertrag zum EUROPÄISCHEN STABILITÄTSMECHANISMUS)

MfG

06.10.2011
Antwort von Eva Glawischnig-Piesczek



Sehr geehrter Herr Fuchs,

vielen Dank für Ihre Frage, die sich allerdings nicht mit einem Satz beantworten lässt, steht sie doch im Kontext einer politischen Zuspitzung, die spätestens am Beginn des Jahres 2010 mit der Griechenlandkrise einsetzte. Und bis heute befindet sich die Euro-Zone in einer manifesten Krise. Die Überschuldung bestimmter Mitgliedsstaaten, die sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise massiv verschärfte, führte zu einer Situation in der die Stabilität der Euro-Zone an sich gefährdet ist. Darauf musste und muss man reagieren, doch stellt sich die Frage, in welcher Form. Was wir seit eineinhalb Jahren von den Staats- und Regierungschefs geboten bekommen, ist höchst alarmierend. Sie hetzen von einem Krisenherd zum nächsten, verhandeln hinter verschlossenen Türen völlig intransparent über Milliardenpakete und stellen die Parlamente vor vollendete Tatsachen, in dem sie die Lösungen als alternativlos definieren. Die sogenannten Rettungspakete stellen die Staaten die sie empfangen unter Kuratel und statt durch Investitionen die Wirtschaft und damit das Steueraufkommen zu fördern, wird der Konsum und die Wirtschaftsleistung massiv beschränkt.

Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und die Wirtschafts- und Währungsunion so ausgestalten, dass die Stabilität im Euro-Raum gewährleistet werden kann. Der Europäische Stabilitätsmechanismus sollte dabei eine wichtige Rolle spielen, doch kann er nur einer von mehreren Maßnahmen sein. Deshalb haben die Grünen in allen Diskussionen die folgenden Forderungen eingebracht. Wir brauchen auf europäischer Ebene ein geordnetes Um- und Entschuldungsverfahren für Staaten die Zahlungsprobleme aufweisen, um ihnen die Möglichkeit zu geben wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen; den Beginn der Steuerharmonisierung zwischen den Mitgliedsstaaten, damit sich diese nicht durch immer niedrigere Steuersätze für Unternehmen die Steuerbasis abgraben; die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als ersten Schritt einer umfassenden Regulierung der Finanzmärkte, sowie die Einführung von Euro-Bonds um Spekulationen gegen einzelne Staaten zu unterbinden.

Die Grünen haben am 27. September der Aufstockung des EFSF im Finanzausschuss zugestimmt. Der EFSF wurde mit den EU-Ratsbeschlüssen vom 21. Juli in wesentlichen Punkten verbessert. Die verpflichtende Beteiligung von privaten Gläubigern und Banken ist zwar noch nicht vorgesehen. Es wurden aber bereits wesentliche Schritte in diese Richtung getan. Die notwendige Teilentschuldung, wie sie jetzt für Griechenland im Raum steht, ist aber jedenfalls nur dann abzuwickeln, wenn entsprechende Schutzmechanismen wie der EFSF existieren. Wir Grüne haben die Vor- und Nachteile des

derzeitig vorliegenden EFSF sehr genau abgewogen und kamen zum Schluss, dass wir diesen kurzfristigen Rettungsschirm unterstützen werden, da sich der EFSF in wesentlichen Punkten verbessert hat und wir für die europäische Solidarität und letztlich die Zukunft der Europäischen Union eintreten.

Diese Zustimmung ist allerdings keinesfalls präjudiziell für unser Abstimmungsverhalten beim permanenten Rettungsschirm ESM. Der ESM wird im Unterschied zum EFSF permanent sein. Daher bedarf es dort auch schärferer Regelungen und Begleitmaßnahmen, vor allem in der Frage der Beteiligung der privaten Gläubiger und Banken und der Spekulationsbekämpfung. Die Grünen werden daher in Verhandlung mit der Regierung treten und die für den ESM-Vertrag nötige 2/3-Mehrheit im österreichischen Parlament nutzen, um Europa krisensicherer zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Eva Glawischnig



LESENSWERT (3) Empfehlungen